

Finanzierung von Wohnimmobilien – nur wenige Marktteilnehmer haben Schwierigkeiten

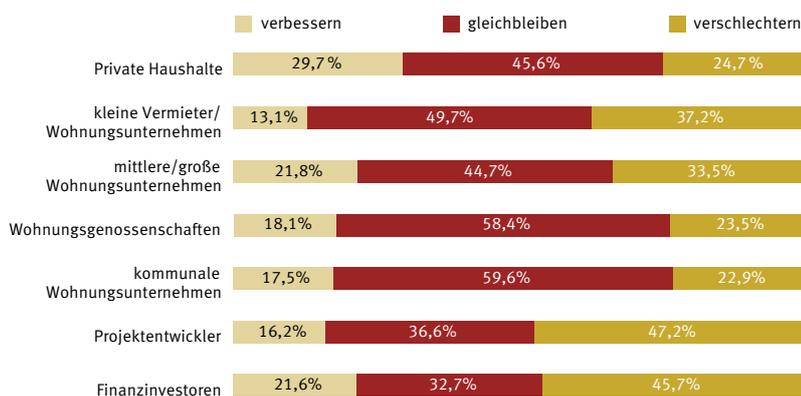
Kleinvermietern und privaten Selbstnutzern sind durch die Finanzmarktkrise kaum Probleme bei der Immobilienfinanzierung entstanden. Für Wohnungsunternehmen mit überwiegendem Bestandsgeschäft haben sich die Finanzierungskonditionen ebenfalls kaum verändert. Anders sieht es teilweise für die börsennotierten Wohnungsunternehmen aus.

Mit dem Ausbruch der Finanzmarktkrise und den damit verbundenen Liquiditätsengpässen bei fast allen Kreditinstituten haben sich die Rahmenbedingungen zur Finanzierung von Wohnimmobilien

schaftlicher Akteure untersucht. Analysiert wurde zunächst die Entwicklung des Marktes für Wohnungsbaukredite auf der Basis von Bankstatistiken und Unternehmensbilanzdaten. Darüber hinaus wur-

den die Finanzierungskonditionen für die verschiedenen Akteure untersucht. Analysiert wurde zunächst die Entwicklung des Marktes für Wohnungsbaukredite auf der Basis von Bankstatistiken und Unternehmensbilanzdaten. Darüber hinaus wurden die Finanzierungskonditionen für die verschiedenen Akteure untersucht. Analysiert wurde zunächst die Entwicklung des Marktes für Wohnungsbaukredite auf der Basis von Bankstatistiken und Unternehmensbilanzdaten. Darüber hinaus wurden die Finanzierungskonditionen für die verschiedenen Akteure untersucht.

Langfristige Entwicklung der Bedingungen für die Immobilienfinanzierung nach Akteuren



Quelle: ZEW-Finanzmarkttest September 2010

en verändert. Angesichts steigender gesamtwirtschaftlicher Risiken und erhöhter Bilanzrisiken sind viele Banken bei der Kreditvergabe vorsichtiger geworden. Vor diesem Hintergrund hat das ZEW in einem Forschungsprojekt für das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) und das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung (BMVBS) die Finanzierung wohnungswirt-

den Hintergrundgespräche mit Banken und Wohnungsunternehmen geführt.

Die Ergebnisse zeigen, dass sich die Auswirkungen der Finanzmarktkrise bei den privaten Selbstnutzern und Kleinvermietern aufgrund ihrer konservativen Finanzierungsstruktur in einem engen Rahmen gehalten haben. Auch Wohnungsunternehmen mit überwiegendem Bestandsgeschäft hatten während der

Erhebliche Schwierigkeiten in Sicht

Die großen börsennotierten Wohnungsunternehmen stellen dagegen eine heterogene Gruppe dar. Für die nächsten Jahre werden bei Unternehmen, bei de-

IN DIESER AUSGABE

Finanzierung von Wohnimmobilien – nur wenige Marktteilnehmer haben Schwierigkeiten	1
Über alle Disziplinen hinweg – Stärkere Auflagen durch private Forschungsfinanzierung	2
Steueranreize wirken sich positiv auf FuE und Patentanmeldungen aus	3
Individualsoftware fördert Innovationskraft von Dienstleistungsunternehmen	4
Sozialkompetentere Kinder sind im jungen Erwachsenenalter kürzere Zeit arbeitslos	5
Nachgefragt: Ist ein Abbau der deutschen Staatsverschuldung machbar?	6
Die Überschuldung deutscher Haushalte ist im europäischen Vergleich eher gering	7
Konferenz zur Innovations- und Patentforschung	9
ZEW intern	10
Daten und Fakten	11
Standpunkt	12

FORSCHUNGSERGEBNISSE

nen hohe Volumina zur Refinanzierung anstehen und die gleichzeitig einen hohen Verschuldungsgrad aufweisen, erhebliche Schwierigkeiten erwartet. Auf der anderen Seite ist bei Unternehmen mit soliden Bilanzstrukturen zu erkennen, dass Banken bereits wieder Kredite zur Verfügung stellen.

Trend zu weniger Risiko

Dagegen waren Unternehmen mit einem wesentlichen Geschäftsanteil im Bereich der Projektentwicklung und des Immobilienhandels von der Krise auch in der kurzen Frist unmittelbar betroffen. Aufgrund der einsetzenden Rezession konnten die kurzfristig gehaltenen Wohnimmobilien nicht wie erwartet verkauft werden. Da sich diese Unternehmen zu einem bedeutenden Teil bereits vor der

Krise kurzfristig finanziert haben, kamen hier einige Unternehmen in Bedrängnis. Die langfristigen Perspektiven der Projektentwickler hängen davon ab, wie die Nachfrage nach Wohnimmobilien künftig ausfällt. Es ist zu erwarten, dass auch hier der Trend zu weniger risikoreichen Projekten gehen wird, bei denen die Eigenkapitalfinanzierung an Bedeutung gewinnt. Eine Erhebung zur langfristigen Entwicklung der künftigen Finanzierungsbedingungen im Rahmen des ZEW-Finanzmarkttests bestätigt das in Expertengesprächen gewonnene Bild weitestgehend. Leicht abweichende Tendenzen zeigen sich für die kleinen Wohnungsunternehmen und Vermieter, für die sich langfristig verschlechternde Bedingungen erwartet werden (siehe Abbildung Titelseite).

Insgesamt lassen die Analysen derzeit aber keine massive Fehlentwicklung er-

kennen, der wohnungs- oder kreditpolitisch entgegengesteuert werden müsste. Probleme sind am ehesten dort zu vermuten, wo das gegenwärtig äußerst niedrige Zinsniveau für Immobilienfinanzierungen genutzt wird, die in einem anderen Zinsumfeld nicht mehr tragfähig wären. Soweit diese Finanzierungen vorwiegend über die lokalen Hausbanken abgewickelt werden, welche die langfristige Kapitaldienstfähigkeit ihrer Kunden kritisch beurteilen und im Einzelfall von zu riskanten Finanzierungen abraten, sollte auch dieses Risikopotenzial begrenzt sein. Die Entwicklung sollte aber im Auge behalten werden: Bei deutlich anziehenden Zinsen könnten viele jetzt abgeschlossene Finanzierungen mit geringen Tilgungsraten nach Ende der meist zehnjährigen Zinsbindungsfrist zu scheitern drohen.

Dr. Peter Westerheide, westerheide@zew.de

Über alle Disziplinen hinweg – Stärkere Auflagen durch private Forschungsfinanzierung

Die Verbreitung von Forschungsergebnissen unterliegt gemäß einer Befragung tendenziell stärkeren Auflagen und Restriktionen, wenn die Forschung durch privatwirtschaftliche Akteure finanziert wurde und nicht durch die öffentliche Grundfinanzierung.

Seit geraumer Zeit verzeichnen Universitäten und gemeinnützige außeruniversitäre Forschungseinrichtungen einen sinkenden Anteil an öffentlicher Grundfinanzierung, während der Finanzierungsanteil von im nationalen wie internationalen Wettbewerb eingewobenen Finanzmitteln (Drittmitteln) steigt. Allein in Deutschland, das eine starke Tradition der öffentlichen Forschungsfinanzierung hat, stieg in den Jahren 1995 bis 2007 der Anteil privatwirtschaftlich finanzierter Forschung um 13 Prozentpunkte von 12 auf 25 Prozent.

Die Veränderung der Finanzierungsstruktur in der Wissenschaft kann aber problematisch sein. Verschiedene Studien gehen davon aus, dass eine Finanzierung durch die Privatwirtschaft nicht

einfach eine schrumpfende öffentliche Förderung ersetzt, sondern in der Regel mit bestimmten Restriktionen für die Forscher verbunden ist. Solche Finanziers aus der Privatwirtschaft hemmen oftmals die Verbreitung von Forschungsergebnissen, -methoden oder -materialien durch Verzögerung oder Verbot der Veröffentlichung.

Über 1.000 Wissenschaftler befragt

Eine Studie des ZEW (Discussion Paper Nr. 11-009) untersucht für Deutschland die Beziehung zwischen der Finanzierung von Forschung durch die Privatwirtschaft und den Restriktionen, denen die Verbreitung der Ergebnisse unterworfen ist. Sie basiert auf einer Befragung

von über 1.000 Wissenschaftlern an deutschen Universitäten und gemeinnützigen außeruniversitären Forschungseinrichtungen.

Die Ergebnisse zeigen einen stark positiven Zusammenhang zwischen den Publikationsrestriktionen und dem Anteil der Finanzierung durch die Privatwirtschaft. So ist der Anteil der Forscher, die sich einem höheren Ausmaß an Restriktionen gegenüber sehen, mit 41 Prozent signifikant höher als er es für Forscher mit anderen Finanzierungsquellen ist (sieben Prozent). Eine Erhöhung des Finanzierungsanteils durch die Privatwirtschaft um zehn Prozent wirkt sich so beispielsweise durch eine um 4,4 Prozent erhöhte Wahrscheinlichkeit von Restriktionen aus. Dieser Problematik muss sich die Forschungs- und Innovationspolitik stellen, sofern sie auch weiterhin ein offenes Wissenschaftssystem bewahren möchte.

Prof. Dr. Dirk Czarnitzki, Czarnitzki@zew.de
Prof. Dr. Christoph Grimpe, cg.ino@cbs.dk
Prof. Andrew Toole, Ph.D., atoole@ers.usda.gov

Steueranreize wirken sich positiv auf FuE und Patentanmeldungen aus

Gezielte steuerliche Anreize stärken den Forschungsstandort Deutschland. Sie verbessern die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und schaffen und sichern Arbeitsplätze.

Steueranreize motivieren vor allem kleinere Unternehmen (gemessen an der Bilanzsumme und der Anzahl der Mitarbeiter), die bisher nicht forschen, zu Investitionen in Forschung und Entwicklung (FuE). Sie wirken aber auch generell der Verlagerung von FuE-Aktivitäten ins Ausland ent-

Nutzen für die deutsche Wirtschaft. Es eröffnet sich die Chance zu verstärkter Innovation und mit den daraus hervorgehenden neuen oder verbesserten Produkten und Dienstleistungen werden Produktivität und Wachstum gestärkt. Das Instrument der steuerlichen Förderung von FuE

gen, Polen, Schweden und die Slowakei. In sechs dieser Länder, in Deutschland, Dänemark, Finnland, Schweden, der Slowakei und Norwegen, gibt es keine, allen Unternehmen offen stehenden steuerlichen Anreize für FuE.

Steigende Patentanmeldungen

Eine Analyse aller zwanzig Länder zeigt, dass die Verringerung des kombinierten tariflichen Ertragssteuersatzes für Kapitalgesellschaften um zehn Prozentpunkte die durchschnittliche Anzahl der Patentanmeldungen eines Unternehmens in diesen Ländern um 0,09 erhöht. Dies würde bedeuten, dass auf jeweils 1.000 Patentanmeldungen 90 zusätzliche Patentanmeldungen kämen. Betrachtet man ausschließlich die Reaktion der Unternehmen in den Ländern, in denen es bereits Steueranreize für FuE gibt, so fällt dieser Effekt mit 0,14 (zusätzliche 140 Patentanmeldungen pro 1.000) sogar noch stärker aus. Bei länderübergreifenden Forschungsk Kooperationen liegt das Plus bei den zusätzlichen Patentanmeldungen bei rund 0,11 (110 zusätzliche Patente). Hier wirkt sich möglicherweise positiv aus, dass Erfindungen in diesen Fällen dort angemeldet werden können, wo die günstigsten steuerlichen Bedingungen gegeben sind. Am stärksten ist der Ertragssteuereffekt mit 0,17 (zusätzliche 170 Patentanmeldungen pro 1.000) bei Firmen mit mehr als 5.000 Mitarbeitern. Sie sind durch ihre internationale Standortverteilung bestens in der Lage, FuE-Aktivitäten und Patenterträge unter steuerlichen Aspekten optimal zu verteilen.

Die Berechnung der Effekte steuerlicher Anreize auf die FuE-Investitionen und die Patentanmeldungen von Firmen basieren auf Daten der Jahre 1998 bis 2007, die das Europäische Patentamt in seinem European Patent Bulletin veröffentlicht, sowie Informationen der europäischen Firmendatenbank AMADEUS.

Christof Ernst, ernst@zew.de
Prof. Dr. Christoph Spengel, spengel@zew.de



Foto: BASF

Die steuerliche Förderung von FuE würde insbesondere auch kleine Unternehmen zum Forschen motivieren.

gegen, indem sie den nationalen Forschungsstandort attraktiver machen. Aktuelle Berechnungen (ZEW Discussion Paper Nr. 11-024) am ZEW zeigen, dass bereits eine Steuergutschrift von zehn Prozent auf die Ausgaben eines Unternehmens für FuE die Wahrscheinlichkeit, dass das Unternehmen in FuE investiert und ein Patent anmeldet, um elf Prozent erhöht.

Dies ist vor allem mit Blick auf die kleineren Unternehmen und ihr Investitionsverhalten von Bedeutung. Sie bilden die breite Masse der deutschen Wirtschaft, sind oftmals aber nicht in FuE-Aktivitäten involviert. Wenn Steuergutschriften in dem vorab genannten Umfang dazu führen, dass kleinere Unternehmen, die bisher nicht in FuE investieren, FuE-Aktivitäten aufnehmen, so ist dies von großem

ist daher ohne Zweifel ein probates Mittel zur Förderung des Forschungsstandorts Deutschland, das genutzt werden sollte.

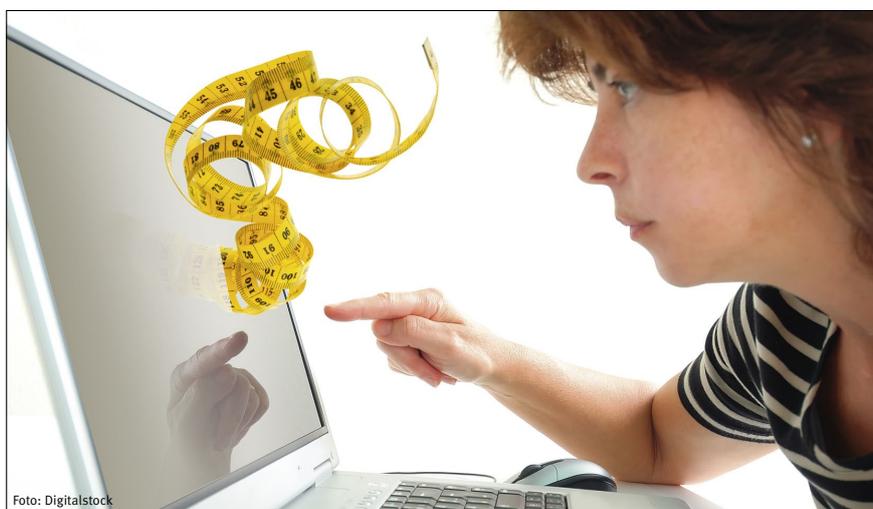
Niedrigere Ertragssteuern

Doch nicht nur die Einführung von Steuergutschriften auf FuE-Ausgaben hätten einen positiven Effekt für den Forschungsstandort Deutschland, sondern auch niedrigere Ertragssteuern. Sie wirken sich günstig auf den Verbleib immaterieller Wirtschaftsgüter und hier vor allem von Patenten in Deutschland aus. Untersucht wurde dieser Effekt für Österreich, Belgien, Tschechien, Deutschland, Dänemark, Spanien, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Griechenland, Irland, Portugal, Ungarn, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwe-

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Individualsoftware fördert Innovationskraft von Dienstleistungsunternehmen

Firmen, die speziell auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Unternehmenssoftware einsetzen, sind innovativer als Wettbewerber, die vor allem auf standardisierte Software setzen. Dies zeigt eine Untersuchung des ZEW unter Unternehmen des Dienstleistungssektors.



Maßgeschneiderte Software verbessert die Innovationsfähigkeit der Unternehmen im Dienstleistungsbereich.

Unternehmenssoftware dient der Planung, Unterstützung und Steuerung betrieblicher Prozesse. Dabei wird in branchenspezifische Software (Branchensoftware) und unternehmensspezifische Software (Individualsoftware) unterschieden. Branchensoftware dient der Bearbeitung, Speicherung und Bildung von Wissen sowie zur Aufbereitung und Darstellung von Informationen und ist gleichzeitig essenziell für die Bereitstellung von Dienstleistungen in bestimmten Branchen. Zu denken ist hier beispielsweise an spezielle Software zum Zeichnen von Plänen für Architekten oder an Software, die Steuerberater bei der Erstellung der Steuererklärung unterstützt.

Neben den Möglichkeiten dieser „standardisierten“ Branchensoftware bietet Individualsoftware den Unternehmen darüber hinaus die Möglichkeit, langfristige Erfahrungen und Wissen in die Entwicklung der Software einzubinden und sie dadurch optimal auf die Bedürfnisse eines Unternehmens zuzuschneiden.

Eine Studie des ZEW (Discussion Paper Nr. 10-100) geht der Frage nach, welchen Einfluss Branchensoftware und Individualsoftware auf die Innovationsleistung von Unternehmen des Dienstleistungssektors haben. Die Studie basiert auf Informationen der Konjunkturumfrage unter den Dienstleistern der Informationsgesellschaft, die regelmäßig von ZEW in Zusammenarbeit mit Creditreform durchgeführt wird. Die Dienstleister der Informationsgesellschaft umfassen zum einen Dienstleistungsunternehmen der Informations- und Kommunikationsbranche, etwa Softwareerstellung, Handel mit Computern und Software sowie Telekommunikation. Zum anderen gehören Unternehmen wissensintensiver Branchen wie beispielsweise Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung oder Werbung dazu. Insgesamt wertet die Studie Informationen zu 335 Unternehmen aus.

Die Schätzungen des ZEW zeigen, dass der Einsatz von „handelsüblicher“ Bran-

chensoftware keinen Einfluss auf die Innovationsleistung der Unternehmen hat. Dagegen weist der Einsatz von Individualsoftware einen positiven und signifikanten Zusammenhang mit Innovationen im Dienstleistungssektor auf. Im Vergleich zu Firmen, die keine Individualsoftware nutzen, liegt die Wahrscheinlichkeit, eine Innovation hervorzubringen für Dienstleister, die speziell auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Software einsetzen, um 19 Prozent höher.

Aufbau eigener IT-Fachkenntnisse

Diese Ergebnisse bestätigen die Erwartungen. Denn Unternehmen, die Individualsoftware nutzen, haben die Möglichkeit, durch die aktive Teilnahme am Herstellungsprozess der Software, eigenes IT-Fachwissen aufzubauen. Die daraus resultierende Optimierung der betrieblichen Prozesse und des Zeitmanagements ermöglicht wiederum eine verstärkte Fokussierung auf die Entwicklung neuer Dienstleistungen. Aufgrund dieser Vorteile hat der Einsatz von Individualsoftware im Vergleich zur Branchensoftware, die als „Standardpaket“ zu haben ist, eher das Potenzial, die Innovationstätigkeit von Unternehmen zu unterstützen.

Benjamin Engelstätter, engelstaetter@zew.de
Miruna Sarbu, sarbu@zew.de

DISCUSSION PAPERS

Nr. 11-033, Friedhelm Pfeiffer, Karsten Reuß: Human Capital Investment Strategies in Europe.

Nr. 11-032, Irene Bertschek, Daniel Cerquera, Gordon Jochem Klein: More Bits – More Bucks? Measuring the Impact of Broadband Internet on Firm Performance.

Nr. 11-031, Wolfgang Buchholz, Michael Schymura: Intertemporal Evaluation Criteria for Climate Change Policy: The Basic Ethical Issues.

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Sozialkompetentere Kinder sind im jungen Erwachsenenalter kürzere Zeit arbeitslos

Kindern mit höheren sozialen und geistigen Fähigkeiten im Grundschulalter fällt es im jungen Erwachsenenalter leichter, aus Phasen der Arbeitslosigkeit wieder in Beschäftigung zu kommen. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Untersuchung des ZEW.

Eine Studie des ZEW (Discussion Paper Nr. 10-104) erforscht die Rolle von sozialen und kognitiven Kompetenzen im Alter von sieben Jahren für die Fähigkeit, im späteren Erwerbsleben die Phase der ersten Arbeitslosigkeit zu überwinden. Hierzu nutzt die Untersuchung Daten einer Langzeitstudie aus dem Vereinigten Königreich. Insgesamt werden Informationen von 4.287 Personen des Jahrgangs 1958 ausgewertet, die zu verschiedenen Zeitpunkten im Leben, etwa im Alter von sieben, elf, 16 und 23 Jahren, untersucht und befragt wurden. Alle untersuchten Personen wurden noch vor dem 23. Lebensjahr zum ersten Mal arbeitslos. Aufschluss über die sozialen Kompetenzen der Untersuchten, etwa über das Verhalten gegenüber Mitschülern und Erwachsenen, geben Beurteilungen des Lehrers. Das Maß für die kognitiven Fähigkeiten, beispielsweise zu logischem Denkvermögen, Sprachkompetenz und der Fähigkeit, Informationen aufzunehmen und zu verarbeiten, setzt sich aus speziellen, in der Schule absolvierten Tests zusammen.

Siebenjährige Mädchen mit höheren sozialen und kognitiven Fähigkeiten

Eine erste deskriptive Analyse zeigt, dass die Mädchen im Alter von sieben Jahren tendenziell über stärker ausgeprägte gemessene soziale und auch kognitive Fähigkeiten verfügen. Im Durchschnitt lag die Dauer der ersten Arbeitslosigkeit – auf die sich die Studie bezieht – für Frauen bei 4,7 Monaten und für Männer bei 4,3 Monaten. Die ökonomischen Berechnungen des ZEW machen deutlich, dass die Wahrscheinlichkeit, schneller eine Phase der Arbeitslosigkeit zu überwinden, höher ist, wenn bereits im Alter von sieben Jahren ein hohes Maß

an sozialen und kognitiven Fähigkeiten ausgeprägt ist. Das Resultat bleibt auch dann bestehen, wenn Unterschiede in Bildungsabschlüssen, die ebenfalls mit höheren Fähigkeiten im Kindesalter zusam-

Zusammenhang kann viele Ursachen haben. Zum einen haben Studien gezeigt, dass Personen mit hohen Fähigkeiten in der Kindheit auch im Erwachsenenalter meist höhere Fähigkeiten haben, und diese könnten wiederum die Arbeitslosigkeitsdauer verkürzen. Zum anderen könnte aber beispielsweise auch die Unterstützung der Familie sowohl die Fähigkeiten in der Kindheit als auch den Erfolg bei der Arbeitsplatzsuche beeinflussen. Um



Foto: Digitalstock

Soziale Fähigkeiten von Kindern sollten nicht außer Acht gelassen werden.

menhängen, berücksichtigt werden. Dies gilt für Männer und Frauen. Bei Jungen ist dieser Zusammenhang am deutlichsten, wenn sie sehr niedrige soziale Kompetenzen haben, wohingegen er bei Jungen mit hohen sozialen Fähigkeiten nicht mehr vorhanden ist.

„Substitutionseffekt“ bei Männern

Darüber hinaus zeigt sich bei Männern eine Art „Substitutionseffekt“. Je geringer die kognitiven Kompetenzen im Alter von sieben Jahren sind, umso stärker gehen hohe soziale Fähigkeiten in diesem Alter mit der Fähigkeit einher, als junger Erwachsener wieder in Beschäftigung zu gelangen, und umgekehrt. Dieser positive

dieser Frage nachzugehen, werden unter anderem Informationen genutzt über den Bildungshintergrund der Eltern, die Familiengröße sowie gemeinsame Aktivitäten von Vätern und Müttern mit ihren Kindern. Die Ergebnisse bleiben jedoch auch unter Berücksichtigung von Unterschieden in diesen Familieneigenschaften und beobachtbaren Schulcharakteristika bestehen. Im Lichte der Debatten über das Abschneiden in internationalen Schülerleistungstests, die sich häufig auf Unterschiede in kognitiven Fähigkeiten konzentrieren, liefert diese Studie somit weitere Hinweise darauf, dass auch die sozialen Fähigkeiten von Kindern nicht außer Acht gelassen werden dürfen.

Verena Niepel, niepel@zew.de

Nachgefragt: Ist ein Abbau der deutschen Staatsverschuldung machbar? „Keynes ist im Aufschwung oft vergessen“

Deutschlands Konjunktur läuft wie geschmiert. Der Export bricht alle Rekorde, der Aufschwung lässt die Arbeitslosigkeit weiter sinken und der Fiskus kann sich auf Steuermehreinnahmen in Milliardenhöhe einstellen. Wie realistisch die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte vor diesem Hintergrund ist, erklärt Dr. Friedrich Heinemann.

Während der Wirtschaftskrise wurde das Wachstum mit milliardenschweren Konjunkturpaketen stimuliert. Warum muss der Staat nun den Hebel umlegen und in guten Zeiten sparen?

Die deutsche Volkswirtschaft erlebt gerade das zweite Jahr mit einer außergewöhnlich hohen Wachstumsrate. Der daraus resultierende starke Zuwachs der Einnahmen ist erfreulich, kann aber nicht fortgeschrieben werden. Die europäischen und weltwirtschaftlichen Risiken bleiben hoch und Deutschland ist über den Euro-Rettungsschirm zum unverzichtbaren Stabilitätsanker der Eurozone geworden. Daher müssen Bund und Länder weiterhin die Defizite senken, auch um Vorsorge für schlechtere konjunkturelle Zeiten zu schaffen. Es ist schon interessant, dass man von keynesianischen Ökonomen derzeit wenig hört: Eigentlich müssten die ja nun umfassenden Sparprogramme fordern. Aber Keynes ist offenbar nur eine Leitfigur für den Abschwung („höhere Defizite!“), dessen Botschaft im Aufschwung („Schulden tilgen!“) dann vergessen wird.

Wie sollten die Steuermehreinnahmen verwendet werden?

Ein Schuldenabbau ist leider noch in weiter Ferne, es geht weiterhin um den Abbau von Defiziten, also um eine Verringerung in den Fehlbeträgen der öffentlichen Haushalte. Noch so hehre Ziele wie Bildung oder Energiesicherheit sind in Boomjahren keine Legitimation für neue Schulden. Die Interessen der jungen und nachfolgenden Generationen müssen in der Finanzpolitik genauso wie in der Umwelt- oder Bildungspolitik gewahrt bleiben.

Die Schuldenkrise einiger Länder im Euroraum dauert an. Mit welchen Belastungen müsste der deutsche Steuerzahler rechnen, sollte es tatsächlich zur Umschuldung einiger Länder kommen?

Das kommt auf den Zeitpunkt an. Je länger die am Ende unausweichliche Umschuldung hinaus geschoben wird, desto höhere Kosten kommen auf die Steuerzahler in der gesamten Eurozone zu. Monat für Monat tilgen Griechenland, Irland und Portugal derzeit Altschulden, die dann durch Kredite aus

dem Griechenland-Kreditpaket und dem Euro-Rettungsschirm mit Garantien der Euro-Mitgliedstaaten und ihrer Steuerzahler refinanziert werden. Monat für Monat wird somit das Risiko vom privaten in den öffentlichen Sektor verlagert. Ist am Ende eines Prozesses der ständig neuen Kreditlinien, etwa im Fall Griechenlands, die gesamte Schuld des Landes europäisiert und kommt dann erst



Der Staat darf nicht länger das Geld mit vollen Händen ausgeben.

ein Schuldenschnitt, dann kann das den deutschen Steuerzahler einen hohen zweistelligen Milliardenbetrag kosten.

Wie kann vermieden werden, dass die Schuldenkrise im Euroraum Deutschlands Wachstum und den Abbau der eigenen Staatsverschuldung gefährdet?

Es muss endlich zumindest für Griechenland eine geordnete Umschuldung in Angriff genommen werden, solange private Gläubiger überhaupt noch in nennenswertem Umfang Forderungen gegen die Problemstaaten haben. Sollte es dabei zur Gefährdung von einzelnen Banken kommen, dann müssen diese eben wieder gestützt werden. Eine Stützung einzelner Kreditinstitute ist am Ende deutlich preiswerter zu haben als ein durch den Steuerzahler finanzierter Schuldenerlass.

Kathrin böhmer, boehmer@zew.de
Friedrich Heinemann, heinemann@zew.de

PD Dr. Friedrich Heinemann ist Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft am ZEW. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der empirischen Finanzwissenschaften. Darüber hinaus untersucht er Fragestellungen des Fiskalwettbewerbs und Föderalismus in Europa. Von der Universität Heidelberg wurde Heinemann im Jahr 2010 die Lehrbefugnis im Fach Volkswirtschaftslehre erteilt. Neben seinem Engagement in verschiedenen wissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaften ist Heinemann unter anderem Vorstandsmitglied des Arbeitskreises Europäische Integration e.V. und Mitglied im Wissenschaftlichen Direktorium des Instituts für Europäische Politik, Berlin.



Foto: ZEW

Die Überschuldung deutscher Haushalte ist im europäischen Vergleich eher gering

Zwar wird die Überschuldung privater Haushalte häufig thematisiert. Dennoch sind länderübergreifende Aussagen schwierig zu treffen, da der Sachverhalt europaweit nicht einheitlich definiert und gemessen wird.



Foto: Digitalstock

In Deutschland stehen die Konsumenten dem Einkauf auf Kredit eher ablehnend gegenüber.

Um die Überschuldung privater Haushalte zu erfassen, können grundsätzlich objektive, subjektive sowie administrative Maße herangezogen werden. Objektive Maße setzen häufig Kredit und Einkommen der Haushalte ins Verhältnis, für subjektive Kennzahlen werden Haushalte direkt zu ihren Einschätzungen über ihre finanzielle Situation befragt. Administrative Verschuldungsmaße ergeben sich aus amtlichen Statistiken, beispielsweise zu Gerichtsverfahren, haben aber den Nachteil, dass nur die gravierendsten Fälle erfasst sind. Ein Haushalt ist streng genommen aber schon dann zu hoch verschuldet, wenn die Einkommensströme und das Vermögen nicht genügen, um den Zahlungsverpflichtungen bei Beibehaltung des gewohnten Lebensstandards nachzukommen.

Beurteilt man die Überschuldung in verschiedenen Staaten anhand des Anteils privater Haushalte, die mit verschiedenen Zahlungsverpflichtungen im Verzug sind (objektiver Indikator), wird die Auswirkung der Finanzmarktkrise deut-

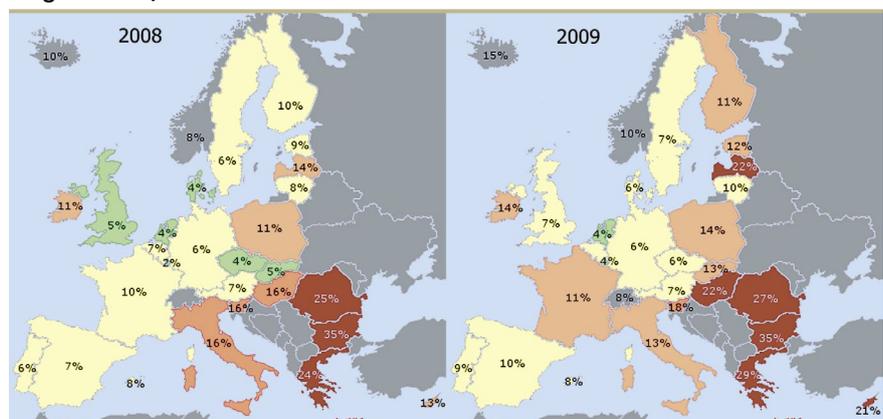
lich: das gesamteuropäische Bild hat sich leicht verschlechtert (siehe Abbildung 1). Der mit Bevölkerungszahlen gewichtete Durchschnitt der Zunahme der Überschuldung für die Länder der EU-15 beläuft sich auf 0,6 Prozentpunkte. Für die Beitritts-

länder der EU-Osterweiterung ist die Lage sehr gemischt. Grundsätzlich sind die Haushalte in den neuen Mitgliedstaaten doppelt so häufig überschuldet wie die Haushalte in den Ländern der EU-15. So betragen die mit den Einwohnerzahlen gewichteten mittleren Überschuldungsquoten 18,4 Prozent für die im Jahr 2004 der EU beigetretenen Länder und 9,3 Prozent für die Länder der EU-15.

Subjektive Überschuldung abhängig von Einstellung zu Konsum auf Kredit

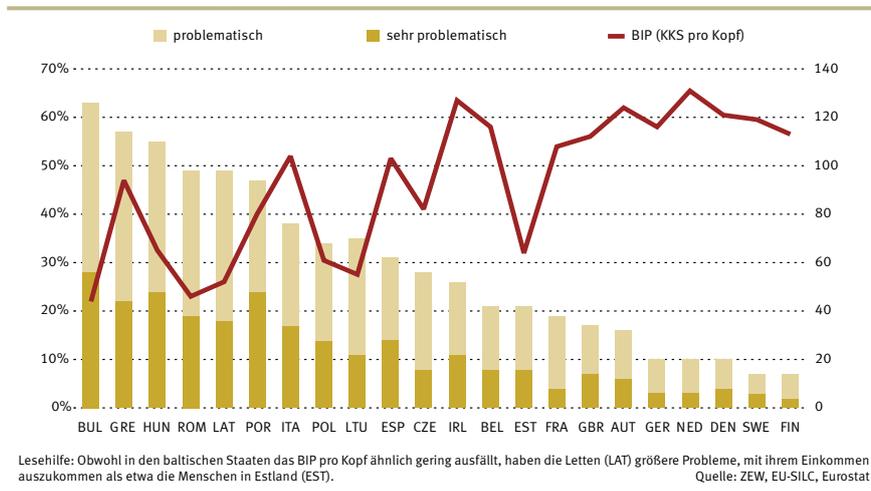
Die Überschuldungszunahme fällt mit durchschnittlich 3,2 Prozentpunkten für die Beitrittsländer höher aus. Dies hängt vorwiegend mit der Einkommenssituation der Haushalte zusammen. Jedoch spielen auch weitere Faktoren eine Rolle, denn wäre das Einkommen die einzige Einflussgröße, müsste die subjektive Überschuldung immer geringer sein, wenn das Einkommen höher ist. Wie in Abbildung 2 erkennbar, ist dies jedoch nicht immer der Fall. Beispielsweise ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf in Österreich gemessen in Kaufkraftstandards höher als das Pro-Kopf-BIP in Deutschland. Dennoch fühlen sich mehr Österreicher als

Abbildung 1: Anteil der überschuldeten Haushalte in den EU-Staaten Vergleich der Jahre 2009 und 2008



Lesehilfe: Etwa sechs Prozent der privaten Haushalte in Deutschland sind überschuldet. Als überschuldet werden die Haushalte berücksichtigt, die mit ihren fälligen Zahlungen für Ratenkäufe, Bankkredite, Hypotheken- oder Mietzahlungen und Zahlungen an Energieversorger aufgrund finanzieller Schwierigkeiten in Rückstand gekommen sind. Die Farben fassen Länder in Überschuldungsklassen zusammen. Je dunkler, je höher der Anteil der überschuldeten Haushalte.
Quelle: ZEW, EU-SILC.

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE

Abbildung 2: Eigene Einschätzung der Haushalte finanziell über die Runden zu kommen (2009)

Lesehilfe: Obwohl in den baltischen Staaten das BIP pro Kopf ähnlich gering ausfällt, haben die Letten (LAT) größere Probleme, mit ihrem Einkommen auszukommen als etwa die Menschen in Estland (EST).

Deutsche unfähig, finanziell zurechtzukommen. Ein anderer Faktor, der die subjektive Überschuldung beeinflussen kann, ist beispielsweise die Einstellung der Verbraucher gegenüber der Finanzierung des Konsums auf Kredit. So halten gemäß einer Umfrage von Eurobarometer drei Viertel der deutschen Haushalte Einkäufe auf Kredit eher für gefährlich als nützlich. Lediglich in den Niederlanden

wird diese Meinung noch häufiger vertreten (von 87 Prozent der Niederländer), wohingegen etwa im Vereinigten Königreich mehr als die Hälfte der Konsumenten Kredite als eher nützlich einschätzt.

Um den Grad der Überschuldung einzudämmen, gibt es verschiedene regulatorische Maßnahmen. In einer Befragung verschiedener Interessengruppen*, wird die Effektivität dieser Maßnahmen je-

doch unterschiedlich beurteilt. So waren sich Kreditanbieter und Verbraucherorganisationen lediglich darüber einig, dass die Möglichkeit, Kredite immer wieder zu verlängern, eingeschränkt werden sollte, um dadurch das Abdriften in die Überschuldung zu verringern. Nach Einschätzung der befragten Verbraucherorganisationen stellen auch alle anderen Maßnahmen, etwa Zinsobergrenzen, die Ausweitung der Angabepflichten über die Kreditkonditionen, die Möglichkeit zur Privatinsolvenz und höheren Standards für die verantwortungsvolle Kreditvergabe, wirksame Instrumente zur Eingrenzung von Überschuldung dar. Die Meinungen der Anbieter von Krediten hingegen sind weniger eindeutig. Teils werden die Maßnahmen schlicht als weitgehend nutzlos eingestuft oder sogar als nachteilig eingeschätzt.

Lena Jaroszek, jaroszek@zew.de

*Die Befragung war Teil der Studie „Study on Interest Rate Restrictions in the EU“, die das ZEW und das Institut für Finanzdienstleistungen (iff) im Auftrag von der Europäischen Kommission erstellt haben. Die Studie findet sich im Internet unter: http://ec.europa.eu/internal_market/finservices-retail/docs/credit/irr_report_en.pdf

ZEW INTERN

Wissenschaftsdelegation aus Abu Dhabi zu Gast am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung

Das ZEW begrüßte Mitte Mai 2011 eine dreiköpfige Delegation des Abu Dhabi Department of Economic Development aus den Vereinigten Arabischen Emiraten. Die Delegation diskutierte mit dem Präsidenten des ZEW, Prof. Dr. Dr. h.c. mult Wolfgang Franz und den Leitern der ZEW Forschungseinheiten Internationale Finanzmärkte und Finanzmanagement, Arbeitsmärkte; Personalmanagement und Soziale Sicherung, Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft sowie Wachstums- und Konjunkturanalysen. Ziel des Gesprächs war es, gemeinsame Forschungsgebiete und -interessen zu identifizieren sowie mögliche künftige Kooperationsfelder in der wissenschaftlichen Arbeit auszuloten.



Michael Schröder, Marcus Kappler, Friedrich Heinemann, Khaled Al Syed Desouki, Rashed Ali Al Zaabi, Stephan Reichert, Shoroq Abdulla Al Zaabi, Holger Bonin und Wolfgang Franz (von links).

KONFERENZEN

Konferenz zur Innovations- und Patentforschung

Am 19. und 20. Mai 2011 fand zum vierten Mal die Konferenz zur Innovationsökonomik und Patentforschung am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung statt. Es war gleichzeitig die Abschlusskonferenz des von der EU finanzierten COST Forschungsnetzwerks STRIKE.



Agust Ingthorsson, Reinhilde Veugelers, Marianne Paasi, Walter Mönig und Christian Tidona (von links) diskutierten über den Weg von der Lissabon-Strategie der EU zu „Europa 2020“.

Mehr als 110 Wissenschaftler aus Europa, Nordamerika, Asien und Australien besuchten die Konferenz. Die hohe Reputation, die die sie in der Fachwelt genießt, spiegelte sich in den über 170 eingereichten Forschungsbeiträgen wider, von denen 48 zur Vorstellung auf der Konferenz ausgewählt wurden.

Die Konferenz deckte ein breites Themenspektrum an theoretischen und empirischen Beiträgen ab. Es reichte von der Finanzierung und den Anreizen zur Durchführung von Innovationsaktivitäten in Unternehmen über Einflussgrößen auf den Innovationserfolg bis zur Analyse kooperativer Forschung durch Unternehmen mit wissenschaftlichen Einrichtungen. Weitere Vorträge beschäftigten sich mit der Rolle des Wissenschaftlers als Erfinder und untersuchten Motivation, Produktivität und andere Einflussgrößen. Ein vom Co-Reach Netzwerk organisierter Workshop fokussierte verschiedene Aspekte von Innovationsaktivitäten in China. Darüber hinaus wurden der Wert von Patenten, das strategische Verhalten von Unternehmen hinsichtlich ihrer Patentanmeldungen sowie eine effiziente Ausgestaltung

des Patentwesens diskutiert. Im Rahmen von Plenarvorträgen stellten führende Wissenschaftler ihre neuesten Forschungsergebnisse auf dem Gebiet der Innovationsökonomik vor. Mark Schankerman von der London School of Economics zeigte am Beispiel der Vereinigten Staaten, dass sich von Universitäten generiertes Wissen häufig lediglich lokal verbreitet. Paula Stephan von der Georgia State University stellte in ihrem Vortrag neue Forschungsansätze im Bereich der Wirtschaftsökonomie vor, etwa auf dem Gebiet der bisher weitgehend unbekanntenen Rolle von Ausstattung und Material für die Forschungspraxis.

Strategien etablierter Unternehmen

Frank T. Rothaermel (Georgia Institute of Technology) referierte über die Innovationsstrategien von etablierten Unternehmen, mit deren Hilfe auf technologische Entwicklungen im Markt reagiert werden soll. Einen Überblick über die 20 wichtigsten Entwicklungen in der Innovationsforschung der vergangenen 50 Jahre gab Ben Martin (Science and Technology Policy

Research, Brighton). Ferner lieferte er einen Abriss über den Einfluss von wissenschaftlichen Studien auf die Wissenschaftspolitik. Im Rahmen einer Diskussionsrunde wurde der Prozess von der Lissabon-Strategie zu „Europa 2020“ erörtert.

Von „Lissabon“ zu „Europa 2020“

Im Mittelpunkt standen dabei vor allem Möglichkeiten für die Verwirklichung eines europäischen Forschungsraums. Walter Mönig (Bundesministerium für Bildung und Forschung) diskutierte aus der Perspektive eines Mitgliedsstaates, Agust Ingthorsson (Universität Island) vertrat die Sicht eines Drittstaates, Christian Tidona (Biotech Cluster Heidelberg) die Unternehmenssicht und Reinhilde Veugelers (Katholieke Universiteit Leuven) sprach aus ökonomischer Perspektive. Moderiert wurde die Diskussion von Marianne Paasi (EU Kommission).

Die Harmonisierung des europäischen Patentsystems mit einem Schwerpunkt auf dem von der EU geplanten Gemeinschaftspatent war Gegenstand einer weiteren Diskussionsrunde, die von Dietmar Harhoff (Ludwig-Maximilians-Universität München und Expertenkommission Forschung und Innovation) moderiert wurde. Als Teilnehmer konnten die Chefökonominnen von drei Patentämtern gewonnen werden: Nikolaus Thumm (Europäisches Patentamt), Tony Clayton (Britisches Patentamt) und Stuart Graham (US Patentamt). Die Diskussion zeigte, dass es noch erheblichen Harmonisierungsbedarf hinsichtlich der Aufgabenteilung von nationalen und europäischen Patentämtern gibt.

Die Konferenz fand mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Forschungsnetzwerke STRIKE (Science and Technology Research in a Knowledge-Based Economy) und CAED (Comparative Analysis of Enterprise Data) statt. Darüber hinaus unterstützte das Mannheimer Netzwerk MACCI (Mannheim Centre for Competition and Innovation) die Veranstaltung.

Die Konferenzbeiträge finden sich im Internet unter: www.zew.de/innovation-patenting2011

Dr. Birgit Aschhoff, aschhoff@zew.de
Christian Köhler, christian.koehler@zew.de

ZEW INTERN

ZEW-Wissenschaftler mit Klaus-Liebscher-Preis der Oesterreichischen Nationalbank ausgezeichnet

Das am ZEW entstandene Papier „Can Regional Transfers Buy Public Support? Evidence from EU Structural Policy“ wurde mit dem Klaus-Liebscher-Preis der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) ausgezeichnet. Der Preis wurde dem Autor Steffen Osterloh im Rahmen der 39. Volkswirtschaftlichen Tagung der OeNB in Wien durch deren Präsidenten Claus J. Raidl übergeben. Der Klaus-Liebscher-Preis ist die höchste Auszeichnung der OeNB für Nachwuchswissenschaftler und wird jährlich an maximal zwei Arbeiten vergeben, die sich mit Themen aus den Bereichen der europäischen Integration und der Wirtschafts- und Währungsunion beschäftigen. Er ist mit einer Prämie von je 10.000 Euro verbunden. In seinem Papier untersucht Osterloh den Einfluss der Regionaltransfers im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik auf die Zustimmung der Bürger zur Europäischen Union. Er findet heraus, dass die Bevölkerung in stärker geförderten Regionen eine positivere Einstellung zur EU aufweist. Die Wahrnehmung dieser Förderung hängt jedoch stark von dem Bildungshintergrund der Bürger ab und sie schlägt sich, in Abhängigkeit von ihrer Informationsquelle, in unterschiedlichem Ausmaß auf ihre Meinung nieder.



Foto: ZEW

Prof. Dr. Heiderose Kilper zur neuen Sprecherin der Sektion B der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz gewählt

Anlässlich der Sitzung der Sektion B der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL) am ZEW in Mannheim, fanden Ende Mai turnusgemäß die Neuwahlen der Sprecherin und des stellvertretenden Sprechers der Sektion statt. Der derzeitige Sektionssprecher und Präsident des ZEW, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz wird nach zweijähriger Amtszeit ausscheiden. Ab Mitte des Jahres wird die Sprecherfunktion von Frau Prof. Dr. Heiderose Kilper, Direktorin des Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung in Erkner, ausgeübt. Das Amt des Stellvertretenden Sektionssprechers wird ab diesem Zeitpunkt von Herrn Prof. Dr. Thomas Glauben, Geschäftsführender Direktor des Leibniz-Instituts für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa in Halle (Saale) wahrgenommen.



Prof. Dr. Thomas Glauben, Prof. Dr. Karl Ulrich Mayer (Präsident der WGL), Prof. Dr. Heiderose Kilper, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz (von links).

TERMINE

Konferenz des Leibniz-Netzwerks ReCapNet

Am 14. und 15. Oktober 2011 findet die dritte interdisziplinäre Konferenz des Leibniz-Netzwerks „Immobilienmärkte und Kapitalmärkte“ (ReCapNet) am ZEW in Mannheim statt. ReCapNet untersucht die Wechselwirkungen zwischen Immobilienmärkten und Kapitalmärkten. Die englischsprachige Konferenz richtet sich an Wissenschaftler aller Disziplinen, die zum genannten Themenfeld forschen. Im Mittelpunkt der Konferenz stehen unter anderem die Verflechtung von Immobilienmärkten und Kapitalmärkten, das Finanzverhalten und die Stabilität von Immobilienmärkten, die Regulierung von Kapitalmarktinstrumenten des Immobilienmarktes sowie neue Eigentumsstrukturen auf dem Wohnungsmarkt.

Informationen zur Konferenz und zum Netzwerk finden sich unter www.recapnet.org

ZEW WIRTSCHAFTSANALYSEN

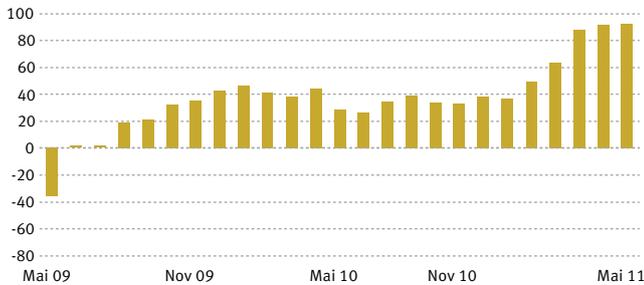
Gerechtigkeitswahrnehmung von Steuer- und Sozialsystemreformen

Angesichts des demografischen Wandels und der Globalisierung besteht ein enormer Reformdruck im Bereich der Steuer- und Sozialsysteme. Jedoch stoßen Reformen häufig auf Widerstand seitens der Wähler. Vor diesem Hintergrund befasst sich die Studie mit der Relevanz der Gerechtigkeitsdimension bei der Beurteilung von Reformmaßnahmen. In einer Vielzahl von Experimenten und ökonometrischen Analysen wird nachgewiesen, dass die wahrgenommene Gerechtigkeit einen wesentlichen Beitrag zur Erklärung von Reformwiderständen leistet. Die empirischen Einsichten zeigen aber auch, auf welche Weise die Gerechtigkeitsdimension stärker in die wirtschaftspolitische Debatte und auch in die Analysen und die Kommunikation von Reformprozessen einfließen kann.

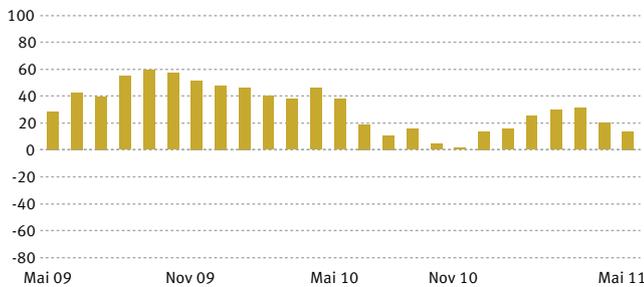
ZEW Wirtschaftsanalysen, Band 100, Nomos-Verlag, Baden-Baden, 2011, ISBN 978-3-8329-6650-8

DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im Mai 2011



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunkturerwartungen im Euroraum. Quelle: ZEW

EZB: Restriktive Geldpolitik erwartet

Über neunzig Prozent der vom ZEW befragten Experten rechnen damit, dass in der Eurozone die kurzfristigen Zinsen auf Sicht eines halben Jahres wieder steigen. Damit sind die Erwartungen bezüglich einer Zinserhöhung durch die EZB deutlich ausgeprägter als beispielsweise in Bezug auf die US-amerikanische Notenbank Federal Reserve. Eine Konsequenz der restriktiveren Haltung, die der EZB im Vergleich zu ihrem amerikanischen Pendant zugeschrieben wird, dürfte sich in den unterschiedlichen Inflationserwartungen für diese beiden Währungsräume manifestieren.

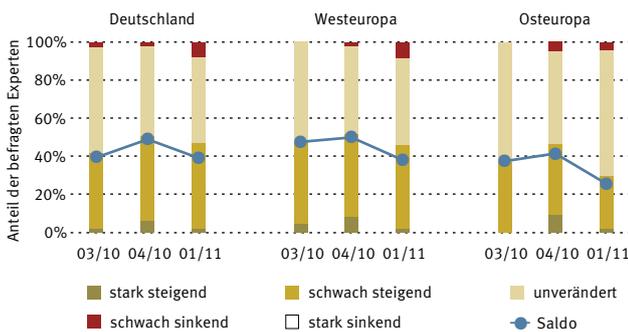
Christian D. Dick, dick@zew.de

Eurozone: Wirtschaftliche Lage hellt sich auf

Der Saldo zur Einschätzung der aktuellen Lage in der Eurozone ist im Mai um 8,0 Punkte auf 13,6 Punkte gestiegen. Dass die vom ZEW befragten Experten die Lage der Eurozone wieder positiver bewerten, dürfte mit den guten Wirtschaftsdaten des ersten Quartals 2011 aus Deutschland zusammenhängen: Die deutsche Wirtschaft ist nach ersten Schätzungen im ersten Quartal 2011 um 1,5 Prozent gewachsen. Der Ausblick für die Entwicklung der Konjunktur in der Eurozone auf Halbjahrssicht fällt indes gedämpft aus: der entsprechende Indikator sinkt um 6,1 Punkte auf 13,6 Punkte.

Christian D. Dick, dick@zew.de

Moderate Entwicklung bei der Binnenschifffahrt

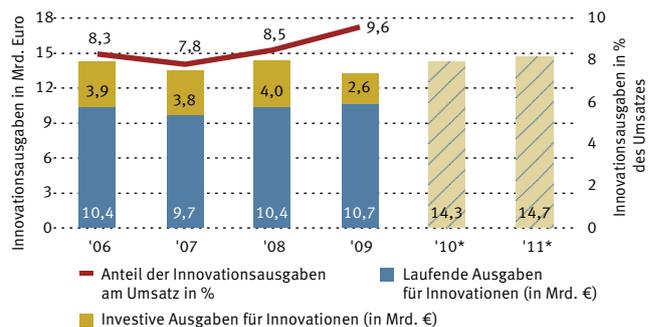


Quelle: ZEW

Die Binnenschifffahrt ist traditionell der Transportmarkt, dessen Wachstumsperspektiven eher zurückhaltend eingeschätzt werden. Aktuell erwarten rund 45 Prozent der befragten Experten im Binnen- und im Westeuropaverkehr stabile Mengen. Rund 46 Prozent rechnen mit einem schwachen Wachstum. Nur im Verkehr mit Osteuropa sind die Erwartungen deutlich moderater. Hier gehen 66 Prozent der Befragten von stabilen Mengen aus. Auch bei den Frachtraten in der Binnenschifffahrt erwartet eine deutliche Mehrheit der Experten weiterhin stabile Preise: Im Binnenverkehr 55 und im Osteuropaverkehr sogar 62 Prozent.

Dr. Claudia Hermeling, hermeling@zew.de

Elektroindustrie bleibt auch in der Krise auf Innovationskurs



* Planzahlen vom Frühjahr/Sommer 2010

Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel

Trotz des starken Umsatzeinbruchs in der Elektroindustrie im Krisenjahr 2009 wurde bei den Innovationsausgaben nur wenig gespart. Die laufenden Ausgaben für neue Produkte und Prozesse, die vor allem Ausgaben für Forschung und Entwicklung umfassen, lagen 2009 mit 10,7 Milliarden Euro sogar über Vorjahresniveau. Gekürzt wurden die investiven Ausgaben für neue Anlagen und Geräte. Gemessen als Anteil am Umsatz stieg die „Innovationsintensität“ auf 9,6 Prozent kräftig an. Für 2010 war ein Anstieg der Innovationsausgaben auf Vorkrisenniveau in Aussicht gestellt worden. 2011 sind weitere Zuwächse geplant.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de



Klima

Nicht nur Prognosen über die künftige wirtschaftliche Entwicklung unterliegen erheblichen Unsicherheiten, sondern Vorhersagen seitens der Naturwissenschaften ebenso und mit vielleicht noch dramatischeren Konsequenzen auf Grund von Fehleinschätzungen.

Wahre Horrorgemälde fertigten seinerzeit beispielsweise Epidemiologen über die Verbreitung von Rinderwahnsinn und Schweinegrippe über die zu erwartenden Todesopfer an. Nachher las man es Gott sei Dank anders.

Sollten wir bei den Vorausberechnungen über das Eintreten und die Folgen eines anthropogen verursachten Klimawandels darauf setzen, dass sich die Naturwissenschaftler abermals irren, zumal ihre Erkenntnisse hinsichtlich der Folgen des Klimawandels unter den Experten nicht unumstritten sind? Das wäre eine zu riskante Strategie. Denn falls die Mehrheit der Klimaforscher recht behält und wir nichts tun, kommt uns das vermutlich teurer zu stehen als wenn wir etwas unternehmen, das sich später als unnötig herausstellt.

Wenn es darum geht, die Herausforderungen des Klimawandels zu meistern, verfügen wir über zwei Optionen, die sich indessen nicht ausschließen. Die Vermeidungsstrategie wird derzeit betrieben und hat die Verhinderung des Klimawandels zum Ziel. Hingegen besteht der Zweck einer Anpassungsstrategie in der Minimierung der Schäden des Klimawandels.

Das Problem mit der Vermeidungsstrategie folgt daraus, dass die Reduzierung des weltweiten Temperaturanstiegs ein globales öffentliches Gut darstellt, von dessen Nutzung niemand ausgeschlossen werden kann. Das erhöht die Gefahr eines Trittbrettfahrerverhaltens einer Reihe von Staaten. Von Lippenbekenntnissen abgesehen unterlassen sie kostspielige Maßnahmen des Klimaschutzes und kommen gleichwohl in den Genuss der Bemühungen anderer Länder. Das erklärt, warum es mit internationalen Klimavereinbarungen nicht vorangeht, wie die beiden vergangenen Treffen in Cancun und Kopenhagen belegen. So gesehen birgt die Vorreiterrolle für ein Land erhebliche Risiken, wenn die Verursacherbetriebe in Länder mit geringeren Kli-

maschutzauflagen abwandern. Dann aber erwischt das Vorreiter-Land die schlechteste aller Welten, nämlich Beschäftigungsverluste bei weltweit unverändertem CO₂-Ausstoß. Schließlich zeichnet sich die derzeitige CO₂-Vermeidung durch horrend kostenträchtige Ineffizienzen aus. Zwar wurde löblicherweise ein Handel mit Emissionszertifikaten eingeführt, der jedoch eigentlich diverse andere Maßnahmen, wie etwa die Solarenergieförderung, weitestgehend redundant macht, von der lächerlichen Regulierung bezüglich Glühbirnen erst gar nicht zu reden.

Die Anpassungsstrategie besitzt den Vorzug, lokale öffentliche Güter bereitzustellen, indem beispielsweise Deiche, Flutrinnen und Abwasserkanäle ausgebaut werden, die dann in erster Linie der betreffenden Region zugute kommen. Mitunter ist die Nutzung sogar ein privates Gut, wenn etwa Hausbesitzer Vorsorge gegen Sturmschäden treffen. Damit geht vermutlich eine höhere Akzeptanz der Lasten von Anpassungsmaßnahmen einher. Allerdings werden Länder wie unter anderem mehrere afrikanische Länder oder Bangladesch durch Dürre- beziehungsweise Hochwasserkatastrophen besonders hart von der Klimaerwärmung betroffen, einige werden schlicht untergehen, woran Vertreter der 83 pazifischen Inseln von Vanuatu die Staatengemeinschaft seit längerem flehentlich erinnern. Die entwickelten Staaten werden sich dem Ruf nach Hilfeleistungen nicht verschließen können und dürfen.

Vermeidungs- und Anpassungsstrategien schließen einander nicht aus. Ihre Kombination hängt mit der Einschätzung der Erfolgchancen der nächsten internationalen Klimaverhandlungen ab. Da hier ein gerüttelt Maß an Skepsis angebracht ist, sollte Deutschland mehr auf die Entwicklung einer Anpassungsstrategie setzen. Wenn andere Staaten mit einer ähnlichen Haltung aufwarten, veranlasst dies vielleicht die bisherigen Verweigererstaaten eines wirksamen internationalen Klimaschutzabkommens zum Einlenken. Wie dem auch sein mag, eine Diskreditierung der Anpassungsstrategie als Feigheit oder schierer Egoismus ist von vorneherein abwegig.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,
L 7, 1, 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 103443, 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu
Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl

Redaktion: Kathrin Böhrer · Telefon 0621/1235-103 · Telefax 0621/1235-222 · E-Mail boehmer@zew.de
Gunter Gröttmann · Telefon 0621/1235-132 · Telefax 0621/1235-222 · E-Mail groettmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2011